

**Stadtrat**

Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 30. November 2000 Nr. 5587

Gewässerschutz

Nachtrag II zum Reglement über die Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung (Gewässerschutzreglement; sRS 543.1) vom 28. Oktober 1986; private Anschlüsse und Entwässerungsgebühren auf Strassen

1 Veranlassung

Das bestehende Reglement über die Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung (Gewässerschutzreglement; sRS 543.1; abgekürzt GR) vom 28. Oktober 1986 ist in einzelnen Bereichen überholt und neuen Gegebenheiten anzupassen.

Einerseits geht es dabei um Art. 5 Abs. 3 GR, nach dem private Anschliesser ihre Anschlüsse bei Änderung oder Sanierung der öffentlichen Abwasseranlagen auf eigene Kosten neuen Verhältnissen anzupassen haben. In diesem Bereich muss für rationellere Bauabwicklungen sichergestellt werden, dass die Stadt im Rahmen ihrer Bauvorhaben private Anschlüsse eigenständig geänderten Verhältnissen anpasst und die Kosten gemäss einem neu zu erlassenden und von der bisherigen Regelung nicht abweichenden Tarif auf Private überwälzt.

Im Weiteren sieht Art. 24 GR die Erhebung einer jährlichen Entwässerungsgebühr vor. Dieser Artikel muss im Rahmen eines Rechtsstreits mit dem Kanton betreffend Entwässerungsgebühren auf Staatsstrassen revidiert werden.

2 Private Kanalisationsanschlüsse

2.1 Aktuelle Regelung

Art. 15 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (SR 814.20; abgekürzt GSchG) fordert grundsätzlich, dass die Inhaber von Abwasseranlagen dafür sorgen, dass diese sachgemäss bedient, gewartet und unterhalten werden. Diese Forderung wird in Art. 6 GR umgesetzt. Die Vorgabe betrifft sowohl die im privaten als auch die im öffentlichen Grund liegenden Abschnitte der Liegenschaftsentwässerung. Gemäss Art. 8 GR



ist vorgegeben, dass die in öffentlichen Verkehrsanlagen liegenden privaten Kanäle im Zusammenhang mit öffentlichen Bauvorhaben instandzustellen sind, sofern ihr Zustand dies erfordert. Die privaten Hausanschlüsse werden in der Praxis mindestens im Bereich innerhalb des öffentlichen Grundes durch die Stadt auf ihren Bauzustand hin untersucht. Bei Umbauten und Erneuerungen privater Liegenschaften werden auf Verlangen des Kanalisationsbüros auch die weitergehenden Abwasseranlagen miteinbezogen. Die Sanierung oder Erneuerung der Grundstückentwässerung innerhalb des Privatgrundes wird bei schadhaftem Zustand mit der Erteilung der Baubewilligung verfügt.

Bei einer Änderung oder Sanierung der öffentlichen Abwasseranlagen haben die privaten Anschliesser gemäss Art. 5 Abs. 3 GR ihre Anschlüsse auf eigene Kosten den neuen Verhältnissen anzupassen. Bei Sanierungen oder Erneuerung ist zu unterscheiden zwischen einem Wiederanschluss an einen erneuerten öffentlichen Kanal in gleicher oder neuer Lage, dem Wiederanschluss an einen innensanierten Kanal und dem Wiederanschluss mit gleichzeitiger Sanierung oder Erneuerung der privaten Anschlussleitung im öffentlichen Grund. Die Eigentümerschaften der Liegenschaften werden vor der Sanierung des öffentlichen Kanals über das Sanierungsvorhaben und den Zustand ihres Hausanschlusses bzw. ihrer Hausanschlüsse orientiert.

Bei Wiederanschlüssen an Kanäle in neuer Lage oder an innensanierte Kanäle kann eine allfällige Verlängerung oder Erneuerung der privaten Anschlussleitung grundsätzlich durch die Grundeigentümerschaft einem konzessionierten Bauunternehmen in Auftrag gegeben werden. Das zuständige Entsorgungsamt schlägt den Grundeigentümern und Grundeigentümerinnen jedoch normalerweise vor, aufgrund der notwendigen baulichen Koordination und aus Gründen der Praktikabilität die von der Stadt beauftragte Baufirma auch mit der Instandstellung des privaten Anschlusses auf der Grundlage der im Werkvertrag festgelegten Einheitspreise zu beauftragen. In den meisten Fällen sind sie damit einverstanden, in letzter Zeit kam es jedoch vereinzelt zu ablehnenden Haltungen. Solche führen dazu, dass die Stadt entweder praktisch eine Gratisdienstleistung erbringen muss oder aber der Abschluss der Bauvorhaben im öffentlichen Grund, d.h. die Strasseninstandstellung, erheblich verzögert wird.

Die der Grundeigentümerschaft für die Instandstellung verrechneten Kosten orientieren sich an Durchschnittskosten für private Anschlüsse sowie an einem Laufmeteransatz für private Kanäle. Sie betragen derzeit (jeweils zzgl. MwSt):



- a. für einen Wiederanschluss an den öffentlichen Kanal (pro Stück):
 - bei konventioneller Kanalinstandstellung Fr. 1'400.–
 - bei Inlining-Verfahren Fr. 1'900.–

- b. für eine Anpassung der Seitenanschlüsse an veränderte Verhältnisse (pro Laufmeter):
 - bei mittlerer Tiefe zwischen 1.50 und 2.50 m Fr. 900.–
 - bei mittlerer Tiefe zwischen 2.50 und 3.50 m Fr. 1'000.–
 - bei mittlerer Tiefe zwischen 3.50 und 4.50 m Fr. 1'200.–
 - andere: KVA¹

Speziellen Verhältnissen wird im Rahmen der Gebührengestaltung Rechnung getragen. Die Bauleitung durch das ESA wird pauschal mit Fr. 200.– pro Anschluss entschädigt.

2.2 Geplante neue Regelung

Mit der vorgesehenen Änderung von Art. 5 Abs. 3 GR soll die Stadt autorisiert und verpflichtet werden, die Wiederanschlüsse an die öffentliche Kanalisation durch das von ihr beauftragte Bauunternehmen auf Kosten der Eigentümerschaft der Liegenschaft erstellen zu lassen. Selbstverständlich wird diese stets vorgängig über das Vorgehen informiert werden. Mit dieser Handhabung wird eine Vereinfachung und ein Zeitgewinn bei der Bauabwicklung erreicht und die Baukoordination wesentlich vereinfacht. Zudem wird vermieden, dass der Baufortschritt bei öffentlichen Kanalbauten durch nicht rechtzeitig ausgeführte Seitenanschlüsse beeinträchtigt wird. Mit dem Erlass einheitlicher Gebühren ist die Gleichbehandlung der Anschliesser gewährleistet und die erforderliche Kostentransparenz jederzeit gegeben. Die Gebühren werden sich an den bisher verrechneten Kosten orientieren (vgl. Ziff. 2.1); der Gebührentarif über die Abwasserbeseitigung vom 5. November 1991 (sRS 543.111) wird entsprechend zu ergänzen sein. Die Kostenbelastung der privaten Anschliesser wird sich damit nicht verändern.

3 Entwässerungsgebühr auf Strassen

Am 1. November 1997 trat eine Revision des eidgenössischen Gewässerschutzgesetzes in Kraft, welche im Bereich des Gewässerschutzes vollumfänglich das Verursacherprinzip einführte. In einem Rechtsstreit mit dem Kanton stellte sich die Stadt auf den Standpunkt, dass

¹ Betrag gemäss Kostenvoranschlag aus dem Submissionsverfahren



ihr der Kanton zumindest ab diesem Zeitpunkt Entwässerungsgebühren für Staatsstrassen schuldet.

Die Verwaltungsrekurskommission hiess jedoch den Rekurs des Kantons gut. Sie anerkennt grundsätzlich, dass eine Gemeinde ab diesem Zeitpunkt eine Entwässerungsgebühr für Staatsstrassen erheben kann, sofern dafür eine genügende gesetzliche Grundlage im kommunalen Recht besteht. Dies ist aber nach ihrer Auffassung in der Stadt St.Gallen nicht der Fall. Art. 24 GR spreche von „erschlossener oder sanierter“ Fläche, für die eine Entwässerungsgebühr zu bezahlen sei. Strassen seien jedoch selber Erschliessungsanlagen. Sie könnten deshalb nicht als erschlossene Flächen im Sinne von Art. 24 GR gelten. Überdies spreche diese Bestimmung davon, dass die Entwässerungsgebühr nach Massgabe der Wassermenge festgelegt werde, für welche die öffentlichen Kanäle in den „einzelnen Zonen“ bemessen seien. Strassen seien aber keine „Zonen“.

Die Begründung des Entscheids der Verwaltungsrekurskommission muss als unhaltbar bezeichnet werden. Der Stadtrat hat daher beschlossen, dagegen Beschwerde zu erheben. Vorsichtshalber ist das Gewässerschutzreglement dennoch zu präzisieren und anzupassen. Mit dieser Revision soll der Entscheid der Verwaltungsrekurskommission aber in keiner Weise als richtig anerkannt werden – es geht vielmehr nur darum, sicherzustellen, dass für die Erhebung der Entwässerungsgebühren auf Staatsstrassen in jedem Fall eine korrekte rechtliche Grundlage besteht, ohne dass auf den Entscheid des Verwaltungsgerichts gewartet werden muss.

4 Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Es wird ein Nachtrag II zum Reglement über die Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung (Gewässerschutzreglement; sRS 543.1) vom 28. Oktober 1986 gemäss Beilage erlassen.

Der Stadttammann:

Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:

Linke

Beilagen:



Nachtrag II zum Reglement über die Abwasserbeseitigung und deren Finanzierung (Gewässerschutzreglement; sRS 543.1) vom 28. Oktober 1986

